

# Suche nach Kompromiss zu PID

## Singhammer: Wie bei Gesetz zu Spätabtreibungen

ban. BERLIN, 19. Oktober. Der CSU-Gesundheitspolitiker Singhammer sieht – auch bei einer „Freigabe“ der Abstimmung im Bundestag – Möglichkeiten, zwischen den Fraktionen eine einvernehmliche Regelung über ein künftiges Verfahren bei der Präimplantationsdiagnostik (PID) zu finden. Singhammer, der auch stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion ist, sagte dieser Zeitung über die PID: „Ich bin für ein klares Verbot.“ Es sei unmöglich zu bestimmen, welche Krankheiten bei der Auswahl von künstlich befruchteten Eizellen als Maßstab herangezogen werden sollten. Das wäre eine „mörderische Entscheidung“. Solche Möglichkeiten würden zudem einen Trend in Richtung „Designer-Babys“ verstärken. Dann gehe es plötzlich nicht

mehr um Krankheiten, sondern es würden andere Kriterien bei der Auswahl herangezogen. Singhammer äußerte zudem die Befürchtung, die PID könnte dazu führen, dass sich Eltern von behinderten Kindern rechtfertigen müssten. Singhammer sagte, er unterstütze die Festlegung der Koalitionsführung, bei dieser Frage nicht die Grundsätze der Koalitionsdisziplin und des Fraktionszwanges gelten zu lassen. Trotz der Ankündigungen führender FDP-Politiker, ein PID-Verbot abzulehnen, sehe er Kompromissmöglichkeiten. Er verwies auf das Gesetz über „Spätabtreibungen“ behinderter Föten, das im Mai 2009 verabschiedet worden sei. Obwohl auch damals keine Koalitions- und Fraktionsdisziplin gegolten habe, sei ein guter Kompromiss gefunden worden. Die

stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion Flach verteidigte derweil eingeschränkte Gentests an Embryos. „Wir wollen keine Designerbabys mit Wahl der Haar- und Augenfarbe“, sagte sie der „Leipziger Volkszeitung“. Die Tötung eines Embryos sei nur zur rechtfertigen bei schweren Krankheiten, die das Leben des Kindes oder der Mutter gefährdeten oder zu einer untragbaren Belastung machten.

Der Vorsitzende des Deutschen Ethikrats, Schmidt-Jortzig, forderte klare gesetzliche Regelungen zur PID. Andernfalls sei die Gefahr groß, dass man in Deutschland beginne, sich „ungehemmt“ dieses Instruments zu bedienen, sagte er am Dienstag im Deutschlandradio Kultur.